

weiter fatalistisch akzeptiert, begeben ihr euch nochmals auf einen deutschen Sonderweg. Es war für uns von fundamentaler Bedeutung, daß die polnischen Intellektuellen und Publizisten, die als erste unter den Stiefeln der Wehrmacht und dem Terror der Sonderkommandos gelitten hatten, in dieser Logik argumentierten.

Zusammenfassend: Die Einflüsse der Solidarnosc und ihres kulturellen Kontextes auf die DDR sind vielfältig und jedenfalls nicht auf die vielzitierten zynischen Abwehrversuche der SED zu beschränken. Ich sage auch, daß sie bis heute weiterwirken, selbst wenn sie im politischen Alltag kaum zur Geltung kommen. Keine Freiheit ohne Solidarität – *ne ma wolnosc bez solidarnosci* –: Das war eine polnische Lektion der 70er und 80er Jahre, ich meine, eine Lektion für ganz Europa, für die wir Ostdeutschen besonderen Dank schulden. Auf diese Überzeugung und Erfahrung stützte sich die Idee der Bürgergesellschaft. Auch sie ist mehr als nur ein Kampfbegriff der früheren Opposition. Wenn die Freiheit bewahrt werden soll, dann hat auch heute das Ethos der Solidarität seine moralische Substanz und seine politische Relevanz meines Erachtens nicht eingebüßt. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Herzlichen Dank, Ludwig. Ich will mit Blick auf die Uhr ohne irgendeinen Kommentar zu dem letzten Einführungsbeitrag von Timothy Garton Ash überleiten.

Timothy Garton Ash: Ich glaube, das meiste ist schon gesagt worden. Ich möchte nur drei kurze Bemerkungen zum Zusammenhang zwischen Entspannungspolitik und der Entstehung der Solidarnosc machen.

Ohne Entspannungspolitik keine Solidarnosc. Ohne KSZE keine Solidarnosc. Ohne Ostpolitik keine Solidarnosc. Es liegt auf der Hand, daß die Hauptursachen innenpolitische und osteuropäische waren. Ich glaube allerdings, daß die Entspannungspolitik in dreierlei Hinsicht die Solidarnosc mitverursacht hat. Zum einen bin ich davon überzeugt, daß die viel größeren Reisemöglichkeiten gerade für polnische Bürger in den 70er Jahren – die Zahl der Reisen sind mächtig angestiegen – dazu beigetragen haben, daß man über die eigene Wirklichkeit noch mehr desillusioniert war und der magnetischen Anziehungskraft des Westens noch mehr unterlegen war und daß insbesondere das Feindbild Deutschland, das gerade in Polen in den 70er Jahren noch sehr wirksam war, allmählich verblaßte. Zum zweiten gab es für die Opposition die Möglichkeit der Berufung u. a. auf die KSZE. Nur glaube ich, daß die besondere Bedeutung der KSZE in dieser Hinsicht gerade in Deutschland oft überbewertet wird. Es ist aufgefallen, daß Anna Sabatova sehr betont hat, daß sich die Charta 77 auf die UNO-Menschenrechtserklärungen berufen hat. Das KOR hat sich u. a. – aber eben nur unter anderem – auf die KSZE berufen. Das steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der KSZE. Die Danziger Forderungen im August 1980 haben sich auf die Internationale Arbeitsorganisation berufen und eben nicht auf KSZE. Wenn es ein internationales Dokument von überragender

Bedeutung für die Menschenrechtsthematik in Polen gab, dann war es nicht KSZE, nicht UNO und nicht ILO, sondern das Zweite Vatikanum. Das Zweite Vatikanum war in Polen viel wichtiger als KSZE. Denn es führte gerade den Krakauer Kardinal Karol Wojtyla dazu, daß nicht allein die nationalen Rechte der Kirche, sondern die gottgegebenen Menschenrechte jedes einzelnen von vielen Kanzeln ständig gepredigt wurden, nicht zuletzt durch den Papst selber und seinen Besuch 1979.

Dritter Punkt. Bei den Wirtschaftsbeziehungen gibt es wiederum eine dieser schönen Ironien der unbeabsichtigten Folgen. Denn beabsichtigt war in der Osthandelspolitik der Entspannungszeit natürlich nicht, daß man die polnische Wirtschaft in die Krise führt. Aber die westlichen Kredite haben entscheidend dazu beigetragen und die Entstehung der Solidarnosc dabei katalysiert. Wenn Sie so wollen, ist das auch ein Erfolg der Entspannungspolitik.

Dann kommt in der Tat die Entstehung der Solidarnosc. Die Reaktionen vielerorts in Westeuropa und insbesondere in Westdeutschland sind sehr gespalten. Denn einerseits neigt man dazu, zu sagen, das sei gewissermaßen ein Ergebnis der Entspannungspolitik. Andererseits sieht man darin eine unmittelbare Bedrohung der Entspannung, und zwar eine sehr große Bedrohung vor allem des Erreichten im deutsch-deutschen Verhältnis. Das heißt, wenn es richtig ist, daß die Solidarnosc zum Teil ein Ergebnis der Entspannung war, dann muß man, auf die kürzeste Formel gebracht, zu dem Schluß kommen: Die Entspannung war schlecht für die Entspannung. Diesen Widerspruch versucht man dialektisch aufzulösen. Aber das ging und geht natürlich nicht, weil es nicht so aufzulösen ist. Vielmehr werden die Spannungen immer wieder in diesen Systemen entstehen, nicht zuletzt und gerade im Kontext der außenpolitischen Entspannung. Die Spannungen sind wahrscheinlich auch notwendig, um diese Systeme zu verändern. Denn nennen Sie mir die Diktatur, die sich, als die Diktatoren völlig entspannt waren und sich völlig sicher fühlten, aus freien Stücken liberalisiert hat. Ich will noch weitergehen: Diese Spannungen sind in sich schon ein Stück praktizierter Demokratie. Denn was ist Demokratie, wenn nicht die geregelte Austragung von Konflikten, also von Spannungen? Gewissermaßen geht die Vorstellung einer völligen innenpolitischen Entspannung nicht in die Tiefen der Demokratie; ich will nicht sagen: Das ist undemokratisch.

Dann kommt das Kriegerrecht und die bekannte, sehr ambivalente Reaktion Helmut Schmidts am Werbellinsee. Aber man muß gerechterweise auch sehen, was Helmut Schmidt im Bundestag gesagt hat: Ich stehe ganz auf der Seite der polnischen Arbeiter, sowie die große Debatte nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten Westen über die Bedeutung von Solidarnosc und des Kriegerrechts. Dazu nur zwei Aspekte.

Erstens. Ich glaube, es ist schon sehr wichtig, über die rein moralische Bedeutung des Widerstands und der Opferbereitschaft für die Selbstachtung

und die Zukunft des einzelnen Menschen, einer Gesellschaft und einer Nation zu sprechen. Das klang auch in dem an, was Anna Sabatova heute vormittag sehr bewegend gesagt hat: In Prag hatte man sich tatsächlich überlegt, ob man das eigene Leben aufs Spiel setzen würde. Hier gab es – das ist natürlich ein sehr sensibles und sehr weites Feld – zum Teil unterschiedliche Lernebenen aus dem Zweiten Weltkrieg. Ich habe selbst erlebt, wie Günter Gaus in einer Diskussion in West-Berlin bloßes Entsetzen über die Vorstellung geäußert hat, irgend jemand könnte für Danzig sterben. Bronislaw Geremek schloß seinen großen Vortrag zum Gedenken an Marc Bloch in Paris mit den Worten: On peut mourir pour Danzig.

Aber das ist „nur“ die moralische Seite. Es gibt – zweitens – auch die politische Seite. Natürlich stellte sich nach dem 13. Dezember 1981 die Frage: War das eine weitere Niederlage, die man in die Reihe 17. Juni 1953, 13. August 1961 und 21. August 1968 stellen sollte? Bewies das wieder einmal, daß es so nicht geht, daß es eben nur über Moskau geht: Nur wenn sich in Moskau etwas ändert, wird auch der Wandel in Osteuropa möglich sein? Oder war das qualitativ anders, dadurch, daß die Transformation innerhalb Polens soviel länger – sechs bis sieben Monate – und soviel weiter gegangen ist, von einer so großen Mehrheit der Gesellschaft getragen worden ist und eben nicht mit einem sowjetischen Einmarsch beendet worden ist, sondern nur mit einer Selbstintervention und daß sich über die Monate und Jahre danach herausstellte, daß eine Normalisierung à la Kadar oder à la Husak in Polen nicht möglich war. Napoleon hat gesagt: Alle Imperien sterben an Verdauungsschwierigkeiten. Polen hat der Sowjetunion sicherlich große Bauchschmerzen bereitet. Das stellt man auch in vielen Gesprächen mit denjenigen fest, die das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik eingeführt haben, ob Oleg Bogomolow oder Jakowlew oder Schewardnadse oder Tschernajew.

Einer der Ausgangspunkte des Überdenkens der sowjetischen Osteuropapolitik war sicherlich die Frage: Was machen wir bloß in Polen? Die sind nicht zu normalisieren. Das kriegen wir nicht hin. In einem Zusammenspiel zwischen innenpolitischer Entwicklung in Polen und der Änderung der sowjetischen Außenpolitik kommt eine Renaissance der Solidarnosc ab 1986/87 und 1988 mit zwei Streikwellen. „Ne ma wolnosz bez solidarnosci“ rufen die Arbeiter. So geht es weiter – als die Chance durch die veränderte sowjetische Osteuropapolitik gegeben war – zum ersten Runden Tisch. Wie Sie sehr zu Recht sagten, wurde der Runde Tisch nicht in Moskau gezimmert, sondern in Warschau. Damit hat Polen einen sehr direkten Beitrag zu den Ereignissen von 1989, zu den anderen Runden Tischen und auch zur deutschen Vereinigung geleistet.

Das heißt, um es zusammenzufassen: Ich glaube in der Tat, daß Ostpolitik das erste Loch in der Mauer war und Solidarnosc das zweite Loch in

der Mauer. Die tragische Ironie ist: Beide Seiten, die Ostpolitiker und die Solidarnosc-Politiker, haben sich miteinander sehr schwergetan. Beide haben große Schwierigkeiten gehabt, den Beitrag des anderen anzuerkennen, vielleicht heute noch. Hoffen wir, daß die heutige Diskussion dazu ein bißchen beitragen kann. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Daß manche Wunden noch heilen müssen und manche schon geheilt sind, das kann man an Gesprächen ablesen, die zwischen führenden Vertretern der Ostpolitik und Vertretern von Solidarnosc geführt worden sind, wo dergleichen sehr deutlich ausgesprochen und dann aber wirklich zu Grabe getragen worden ist. Ich rede konkret von Willy Brandt, Adam Michnik und Walesa.

Mir liegen nun eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor. Die Zeit ist wiederum sehr fortgeschritten. Wir sollten versuchen, bis 16.30 Uhr fertig zu werden. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann schließe ich die Liste. Zum Schluß erhalten die Mitglieder des Podiums Gelegenheit, auf die Fragen und Bemerkungen einzugehen. Es ist deutlich geworden, daß ein spezifischer Zeitabschnitt der Beginn von Solidarnosc und des Kriegsrechts war. Hier hat es manche Turbulenzen und Defizite gegeben.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Das Thema unserer Kommission ist die SED-Diktatur, ihre Geschichte und ihre Folgen. Wir diskutieren heute über die Tschechoslowakei und über Polen. Bevor ich zu dem komme, wofür ich hier als erster das Wort bekommen habe, möchte ich anmerken, daß ich mich als deutscher Patriot noch immer schäme und nicht vergessen habe, wie die Tschechen und Polen, die Anfang der 80er Jahre von der deutschen Einheit sprachen, in der alten Bundesrepublik verlacht worden sind. Ich denke, daß diese Menschen, die damals unsere ureigenste nationale Forderung nach Selbstbestimmung gestellt haben, im nachhinein unsere ausdrückliche Anerkennung verdienen. Ich wünsche mir, daß der Deutsche Bundestag sie irgendwann einmal in gebührender Form zum Ausdruck bringt.

Nun zum Thema. Der Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin hat im Januar 1993 im Zusammenhang mit meiner Arbeit für den „Untersuchungsausschuß 1/3“ des Landtags von Brandenburg über die Aktivitäten des Konsistorialpräsidenten im Wartestand Manfred Stolpe eine Sammlung von SED-Dokumenten vorgestellt, aus denen Mehlhorn schon vorgetragen hat. Das zentralste und wichtigste Dokument war mit Sicherheit das Protokoll des Treffens der Generalsekretäre in Moskau am 5. Dezember 1980. Auf diesem Treffen nahm Breschnew – ich habe das gestern schon deutlich gemacht – ausdrücklich Bezug auf den gerade gewählten neuen amerikanischen Präsidenten Reagan und die Drohung der USA: Falls Polen von außen ein fremder Wille aufgezwungen wird, ist Schluß mit den Handelsbeziehungen. Honecker drang mit seiner Forderung, daß die Arbeiter- und Bauern-Macht mit Blutvergießen verteidigt werden muß, nicht durch. Vielmehr konnte Kania